

„Schleswig-Holstein stellt fest, dass es in Deutschland nie einen
Nationalsozialismus gegeben hat“.
Überlegungen zur „Vergangenheitsbewältigung“ nach 1945

Karl Heinrich Pohl

es gilt das gesprochene Wort

„Schleswig-Holstein stellt fest, dass es in Deutschland nie einen Nationalsozialismus gegeben hat“. Dieses mittlerweile geflügelte Wort des sozialdemokratischen Oppositionsführers im Kieler Landtag, Wilhelm Käber, soll als Leitmotiv für meinen heutigen Vortrag stehen. Mit ihm kommentierte Käber im Jahre 1951 – sehr sarkastisch und deutlich übertrieben – die im schleswig-holsteinischen Landtag mit aller Energie betriebene Beendigung der sogenannten Entnazifizierung. Sich mit dieser Problematik zu beschäftigen, ist lohnend – aber leider für das Land und seine Menschen nicht immer ruhmreich. Manchmal fällt es sogar schwer, die gebührende Abgewogenheit und Distanz des Historikers zu bewahren. Ich bitte das zu entschuldigen.

Es geht also um die Frage nach der besonderen Affinität sehr vieler Schleswig-Holsteiner zum Nationalsozialismus und um den späteren Umgang mit den zwölf Jahren dieser Herrschaft. Damit steht zugleich die Frage nach der Kontinuität und Diskontinuität der deutschen Geschichte im mittleren Drittel des vorigen Jahrhunderts im Zentrum. Es geht darum, was in der NS-Zeit geschah – und auch schon am Ende der Weimarer Republik – und was nach 1945 geblieben ist. Zu zeigen ist auch, wie wir dieses Geschehen aus heutiger Perspektive, 60 Jahre danach, beurteilen. Das sind berechnete Fragen, weil gerade dieses nördliche Bundesland – und auch die Landesuniversität – besonders früh und besonders intensiv nationalsozialistisch geworden sind.

Die Schleswig-Holsteiner haben sich 1933 dem Nationalsozialismus mehrheitlich nicht nur dulgend ergeben. Die meisten sind nicht in das System hineingeschlittert, sondern sie haben es geradezu herbeigewünscht und es – z.T. begeistert – herbeigeführt, um es dann sehr lange Zeit mehrheitlich mitzutragen. Ein solcher Tag wie heute, an dem bei unseren Freunden in Poznan eine Ausstellung über den „Neuanfang der Universität Kiel nach 1945“ eröffnet wird, scheint mir daher ein besonders geeigneter Moment zu sein, kritisch über diese Problematik nachzudenken und zu fragen, wie die Schleswig-Holsteiner – vor allem auch meine Universität – mit dieser „vergangenen Last“ umgegangen sind. Ich denke, dass dürfte auch Sie hier in Poznan interessieren.

Ich möchte meine Ausführungen nach folgenden drei Problemkreisen gliedern:

1. Wie nationalsozialistisch war Schleswig-Holstein? Und wie ist es später damit umgegangen?
2. Wie beurteilen wir nach über 60 Jahren den Prozess der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und schließlich – ganz knapp –
3. gab oder gibt es einen „Königsweg“ der Problemlösung für solch eine Konstellation, wie es sie 1945 in Schleswig-Holstein gab? Wie hätte man mit den alten Eliten umgehen sollen und wie hätte ein Neuanfang „richtig“ gestaltet werden können?

Bei der Beantwortung dieser drei Fragen soll das Land Schleswig-Holstein im Mittelpunkt stehen. Die Kieler Universität wird jedoch gebührend beachtet werden.

Ich beginne mit der Zeit bis 1945: Als die Nationalsozialisten 1933 (zusammen mit den Deutschnationalen) die Macht in Deutschland übernahmen, waren sie in Schleswig-Holstein bereits fest verwurzelt. Ja – man kann wohl sagen – sie wurden von der Bevölkerung mehrheitlich herbeigesehnt. Die Schleswig-Holsteiner waren geradezu Musternationalsozialisten: Bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 – ein halbes Jahr vor der Machtübernahme – entschieden sich mehr als die Hälfte aller schleswig-holsteinischen Wähler für die NSDAP, während es im Reichsdurchschnitt deutlich unter 40% waren. Ähnliches geschah bei den Novemberwahlen im gleichen Jahr. Auch hier lag Schleswig-Holstein deutlich vorn.

Hinzu kommt: Die Schleswig-Holsteiner wussten genau, was sie mit dem Nationalsozialismus erwartete. Mitten in ihrem Land, in dem zu Oldenburg gehörenden „Landesteil Lübeck“ mit dem „Regierungssitz“ Eutin, konnten sie schon seit Mai 1932 miterleben, was nationalsozialistische Machtübernahme konkret bedeutete. Sie konnten mit eigenen Augen erleben, wie aus prügelnden SA-Männern urplötzlich offiziell prügelnde Hilfspolizisten wurden, die sich sofort an die Verfolgung von Sozialisten und Kommunisten, aber auch an die Entmachtung konservativer Honoratioren machten. Man muss daher vermuten, dass die Schleswig-Holsteiner – ich spreche nicht von einer ablehnenden Minderheit – den Nationalsozialismus gerade deswegen wählten, weil sie ihn in Aktion kannten – und sie sich ihn genau so wünschten, wie er sich darstellte.

Diese Vermutung wird durch die hohe Zahl nationalsozialistischer Parteimitglieder bestätigt: In keiner anderen Region Deutschlands war die Mitgliederdichte im Jahre 1935 so hoch wie hier: Auf je 18 Einwohner kam ein nationalsozialistisches Parteimitglied, in Westfalen hingegen war diese Parteidichte nur halb so groß. Der Nationalsozialismus schien den Schleswig-Holsteinern offenbar das zu geben, was die meisten von ihnen wünschten: Abschaffung von Parlamentarismus und Parteienstaat, Unterdrückung von Liberalismus und Sozialismus, Schutz vor Kapitalismus, Moderne, Urbanisierung; Fremdem und nicht zuletzt Befriedigung ihres latenten Antisemitismus. Dabei geht es mir hier nicht darum, etwa die besondere moralische „Schlechtigkeit“ der Schleswig-Holsteiner anzuprangern. Es gibt auch strukturelle Gründe für dieses Verhalten, etwa dass das Land überwiegend evangelisch war. Gerade die evangelische Konfession besaß jedoch eine starke Affinität zum Nationalsozialismus. Anderes könnte man hinzufügen .

Die Annahme, wenigstens die Angehörigen der Christian-Albrechts-Universität – also eine geistige Elite des Landes – hätten diesem Trend widersprochen, bestätigt sich nicht. Von der Bevölkerung insgesamt hoben sich die meisten Hochschullehrer lediglich dadurch ab, dass sie sich vor 1933 nur in wenigen Fällen öffentlich zum Nationalsozialismus bekannten. Immerhin: Von den 300 Hochschullehrern in Deutschland, die sich bei den Reichstagswahlen im März 1933 vehement für die Wahl der Nationalsozialisten aussprachen, gehörten 40 der Kieler Universität an. Das entsprach 20 Prozent aller Professoren. Auch das war ein deutscher Rekord. Verteidiger demokratischer Werte, der parlamentarischen Demokratie und des Systems von Weimar fand man hingegen nur wenige an der traditionsreichen Christian-Albrechts-Universität. Die meisten begriffen sich – auch wenn sie sich nach außen hin sachlich und unpolitisch darstellten – als ein deutscher Vorposten gegen Dänemark und dessen „Landraub“ im Jahre 1920.

Zugleich war das Interesse der Nationalsozialisten an der Kieler Universität groß: Die Nähe der Universität zur Marine, aber auch zur Rüstungswirtschaft, von der besonders die naturwissenschaftlichen Fächer und die Mediziner profitierten, war für die Nationalsozialisten sehr wichtig. Schnell zeigte sich eine fatale gemeinsame Schnittmenge: Mediziner unternahmen sittenwidrige und alle Rechte verachtende Menschenversuche, Rassenkundler wurden aktiv und auch Historiker gab es genug, die – nachdem sie sich bereits um die Verherrlichung des Ersten Weltkrieges und „deutscher Größe“ verdient gemacht hatten – in ihren Ansichten bald noch radikaler wurden. Von der juristischen Verklärung des Systems des Dritten Reiches in der neuen „Kieler Schule“ – eingeleitet von einer Elite nationalsozialistischer Professoren und Dozenten – will ich an dieser Stelle gar nicht sprechen.

Und schlimmer noch: Eines der wichtigsten Ziel der Nationalsozialisten, die Jugend zu gewinnen, hatte gerade an der Christian-Albrechts-Universität schlagenden Erfolg. Man kann bei den Kieler Studenten geradezu – wie Uwe Danker das tut – von der treibenden Kraft der Nazifizierung sprechen. Bereits im Jahre 1927 – und damit so früh wie nirgendwo in Deutschland – gelangte der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) in den Vorstand der Kieler Studentenschaft. Nationalsozialisten stellten den Ersten Vorsitzenden des Allgemeinen Studenten Ausschusses (AStA) und sie wurden 1930 auch die stärkste politische Gruppierung; allerdings bei einer sehr niedrigen Wahlbeteiligung. Mithin war es gerade die nationalsozialistisch geführte Studentenschaft, die – nicht gehindert von den mit Ihnen zusammenarbeitenden Korporationen – zum Motor der Gleichschaltung an der Kieler Universität wurde. Sie forderte die „Säuberung“ von Lehrkörper und Studentenschaft und sie organisierte am 10. Mai 1933 die Bücherverbrennung in Kiel. Stolz konnte sie bald von einer vollständig nazifizierten Universität sprechen.

Und das stimmte: Innerhalb weniger Jahre waren ein Viertel der an der Kieler Universität lehrenden Kollegen, 48 an der Zahl, verjagt und durch Sympathisanten der NSDAP ersetzt worden. Im Reichsdurchschnitt war es „nur“ 15 Prozent der Kollegen – auch das war schon schlimm genug. Um ein besonders drastisches Beispiel zu nennen: Zwei Dozenten der Wirtschaftswissenschaften wurden von ihren eigenen Kollegen mit Knüppeln aus der Universität vertrieben. 101 der 189 Professoren waren 1935 Mitglieder der NDSAP oder einer ihrer Gliederungen. Rektor Rittersbusch konnte daher im Jahre 1940 mit Stolz verkünden, „... dass alle rassefremden und politisch untragbaren Elemente beseitigt und neue, junge Kräfte hierher berufen wurden.“.

Das folgende Jahrzehnt der Geschichte Schleswig-Holsteins und der Landesuniversität Kiel unterschied sich nicht wesentlich von dem, was ich für die Endzeit von Weimar skizziert habe. Land und Universität blieben – wie das gesamte Deutschland – zumindest seit 1935 stramm nationalsozialistisch. Es dürfte daher kein Zweifel bestehen, dass die Universität und das Land Schleswig-Holstein 1945 erheblichen Grund gehabt hätten, über sich und ihre Rolle in den vergangenen zwölf Jahren des Nationalsozialismus nachzudenken. Denn das Dritte Reich und seine Verbrechen waren so gewaltig gewesen und von der Mehrheit der schleswig-holsteinischen Bevölkerung mehr oder weniger bis zum Ende des Krieges mitgetragen worden, dass niemand hätte auf die Idee kommen können, nun einfach wieder zur Tagesordnung überzugehen.

Genau das geschah aber, und das, obwohl die Universität und das Land 1946 mit der sogenannten Entnazifizierung geradezu gezwungen wurden, sich mit ihrer jüngsten Geschichte zu befassen. Die von der britischen Besatzungsmacht angestoßene gerichtliche Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit in Schleswig-Holstein blieb jedoch

ein Schlag ins Wasser. Der Leitgedanke, einen Elitenaustausch zu bewirken, der im befreiten Deutschland ein demokratisches Leben herbeiführen sollte, blieb nur ein hehres Ziel. Die Entnazifizierung scheiterte, konnte aber auch nur scheitern, und dies aus den verschiedensten Gründen: Etwa – und hier folge ich wiederum Uwe Danker – weil der „Fragebogen“ unterschiedslos Hunderttausenden vorgelegt wurde, etwa, weil ein solches Verfahren die Betroffenen geradezu einlud, mit sogenannten Persilscheinen – also „Weißwäschern“ – nachzuweisen, wie anständig sie gewesen waren, etwa, weil die „großen Fälle“ erst einmal ausgespart blieben und zudem ein lebhafter Handel mit „positiven Leumundszeugen“ einsetzte und schließlich, weil es die vielen Flüchtlinge leichter hatten, sich als unschuldig darzustellen als das vielen Einheimischen möglich war. Die Folge: Viele schleswig-holsteinische NS-Anhänger solidarisierten sich schon bald wieder mit den ehemaligen NS-Eliten – und wünschten, das nach ihrer Meinung unwürdige Spiel der Entnazifizierung möglichst schnell zu beenden, endlich einen Schlussstrich zu ziehen. Dieser Wunsch war allerdings nicht nur in Schleswig-Holstein virulent, sondern er galt für fast ganz (West-) Deutschland. Zu Recht hat man daher von einer gezielten Politik des Beschweigens gesprochen.

Ich möchte meinen Blick nun weniger auf dieses offizielle Verfahren richten, sondern vielmehr nach den Selbstreinigungskräften fragen, also nach denjenigen Kräften, die sich von sich aus um die Auseinandersetzung mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit bemühten und bereit waren, sich den Konsequenzen ihres Handelns zu stellen. Hier meine ich zum einen, die Bemühungen gleich nach dem Ende der nationalsozialistischen Ära und dann – viel später – den weiteren Umgang mit der Tatsache, dass eben Schleswig-Holstein in seiner ersten Reinigungsphase – man kann es wohl so hart sagen – „versagt“ hatte. Allerdings: Auch hierin stand ganz (West-)Deutschland nicht besonders gut da.

Eines ist bereits auf den ersten Blick auffällig: Das Land durchlief bei seiner historischen „Bewältigungsaufgabe“ einen besonders langsamen, sehr bedächtigen, nichts überstürzenden und das meiste beim Alten belassenden Weg. Auch wenn dieses Alte erheblich nationalsozialistisch verseucht war. Das ist das deprimierende Fazit. Auch dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Zum einen die Tatsache, dass hier im Norden die parlamentarische Demokratie noch nie mehrheitlich verankert gewesen und von einer Mehrheit der Bevölkerung auch nicht geliebt worden war. Die soziale, politische, kulturelle und mentale Basis für eine demokratische Erneuerung war somit von vornherein schlecht, die Chancen, ein solches System aus eigener Überzeugung aufzubauen und mit der nationalsozialistischen Ära angemessen umzugehen, besonders gering.

Zum anderen gab es ganz konkrete Hinderungsfaktoren: Der Norden wurde als letzter Teil des Reiches von den Alliierten befreit. Im äußersten Norden, in Flensburg, führte der Hitler Nachfolger Dönitz samt seinem Stab ungerührt die Regierungsgeschäfte weiter – bis über den letzten Tag hinaus, nämlich bis zum 23. Mai. Ohne Einstellung des grauenvollen Massenmordes. In seinem Tross befand sich die geschäftsführende Reichsregierung mit allen Hilfskräften, dazu das Oberkommando der Wehrmacht, insgesamt weit mehr als 1.500 Personen. Hierbei handelte es sich um Nationalsozialisten, die – das sollte sich zeigen – besonders erfahren in der bürokratischen Verschleierung, der Verleugnung ihrer Taten und der juristischen Reinwaschung ihrer Vergangenheit waren – und fast überall im Lande freundliche und schützende Aufnahme fanden.

Im Norden Deutschlands bildete sich daher – sehr verkürzt zusammengefasst – relativ schnell und wirkungsvoll ein neues altes nationalsozialistisches Netzwerk. Dieses umfasste – um nur einen Teil zu nennen – das Landessozialministerium, die Spitze der Landespolizei,

wesentliche Teile der Landesjustiz und sogar den Chef der schleswig-holsteinischen Staatskanzlei, der für Personalfragen zuständig war. Ergebnis: Im Oktober 1947 waren in der britischen Zone bereits 70-80% der Richterstellen mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern besetzt. Das heißt: Der weitaus überwiegende Teil der mit den Verbrechen im Dritten Reich belasteten Juristen war bereits drei Jahre nach Beendigung des Dritten Reiches nicht nur wohlbestallt im Landesdienste, sondern dominierte auch die schleswig-holsteinische Justiz – und damit wiederum die juristische „Aufarbeitung“ des „Dritten Reiches“.

Trotzdem – und das muss betont werden – leitete diese nationalsozialistisch infizierte Gerichtsbarkeit eine Fülle von Verfahren gegen NS-Verbrecher ein. Bis 1964 über 830 Verfahren gegen mehr als 1.900 Personen. Das scheint ein großer Erfolg zu sein. Die tatsächliche Bilanz fällt jedoch eher dürftig aus. Gegen mehr als 1.100 Personen waren die Verfahren bereits bis 1965 eingestellt worden. 230 Personen sind rechtskräftig verurteilt, davon immerhin 110 frei gesprochen worden. Dieses Ergebnis entsprach exakt den Entnazifizierungsbemühungen der Alliierten. Auch diese vermochten im gesamten Land zwischen 1946 und 1950 nicht einen einzigen Menschen in der Kategorie „Hauptbeschuldiger“ oder „Schuldiger“ aufzufinden. Alle Befragten waren also höchstens „Belastete“ und „Mitläufer“ gewesen oder eben „Entlastete“ oder „Nichtbetroffene“. Glückliches Schleswig-Holstein mag man da nur – leicht ironisch - sagen, da es in diesem Land offensichtlich fast nur „Opfer“ gab und der Nationalsozialismus scheinbar unbekannt gewesen war.

Und noch etwas kam hinzu: Vergangenheitsbewältigung schließt auch den bescheidenen Versuch ein, erlittenes Unrecht materiell „wieder gut zumachen“, den Betroffenen wenigstens partiell eine Entschädigung zu gewähren – und hierbei zwischen Opfern und Tätern gravierend zu unterscheiden. Generell kann man mit Heiko Scharffenberg jedoch feststellen: Die schleswig-holsteinische Nachkriegsgesellschaft zeigte sich gegenüber Verfolgungsoptionen bürokratisch und äußerst knauserig, während sie Angehörigen der ehemaligen NS-Funktionselemente großzügige Angebote machte. Ein – allerdings besonders krasses – Beispiel für eine auch in Polen bekannte nationalsozialistische Größe soll das Gemeint konkretisieren: Die Witwe des 1942 bei einem Attentat getöteten Reinhard Heydrich, gleichsam die Personifizierung des nationalsozialistischen Massenmordes, beantragte und erhielt nach mehreren Prozessen 1958 ihre Witwenbezüge, mit der für einen Nichtjuristen wohl abstrusen Begründung, sie sei die Witwe eines „Kriegsopfers“. Gleichzeitig mussten von den Nationalsozialisten als Asoziale abgestempelte und verfolgte Frauen, wie etwa die Kielerin Betty Voss, bis 1988 auf ihre Anerkennung als Opfer warten.

In dieses eindrucksvolle Bild der speziellen Bearbeitung der nationalsozialistischen Zeit passt auch die Zusammensetzung des schleswig-holsteinischen Landeskabinetts im Jahre 1950: Nur ein einziges Mitglied – nämlich Innenminister Paul Pagel (CDU) – war kein Mitglied der NSDAP gewesen. Er wurde umringt von Mitministern wie dem ehemaligen SS-Hauptsturmführer Waldemar Kraft und dem Ex Kreishauptmann von Galizien, Hans Adolf Asbach. Unter diesem Aspekt ist das Motto des Vortrages „Schleswig-Holstein stellt fest, dass es in Deutschland nie einen Nationalsozialismus gegeben hat“, wohl nur zu gut zu verstehen. Hier wurde geaugnet, vertuscht und einfach nicht wahrgenommen, was gewesen war. Ja, man hat geradezu von einer Re-Nazifizierung in diesem Land gesprochen. In der Tat: Nur bei ganz wenigen Schleswig-Holsteinern bestand der Wunsch, sich der eigenen Vergangenheit zu stellen. Das war allerdings überall in Deutschland so und hätte eine erhebliche menschliche Größe voraus gesetzt. Denn: Von anderen zu fordern, sich zu seinen politischen Verfehlungen zu bekennen ist etwas ganz anderes als es tatsächlich selber auch zu tun – und sein ganzes Leben damit infrage zu stellen.

„Neuanfang aus den Trümmern – die Kieler Universität im Jahre 1945“ –, so heißt die Ausstellung, die nun auch hier in an der Universität in Poznan gezeigt wird. Nur zu berechtigt ist daher die Frage, wie denn dieser „Neuanfang“ nach 1945 aussah, jenseits des materiellen Aufbaus. Wünschen würde man sich – gerade wenn man die Entwicklung in Schleswig-Holstein insgesamt bedenkt –, einen radikalen Neuanfang, einen kompletten Bruch mit dem Nationalsozialismus und eine intensive Diskussion ohne alle Tabus. Zu befürchten war allerdings ein nur sehr oberflächlicher, nur scheinbarer Neuanfang, ein Beginn, der dem Verhalten im gesamten Lande entspricht: Also kein Bruch, sondern vielfältige Kontinuitäten – auch und gerade in Bezug auf die eigene Vergangenheit im Dritten Reich.

Eine Bemerkung voran, die das Dilemma konturiert: Bis heute gibt es – anders als etwa in Hamburg oder Göttingen, in Heidelberg oder München – keine kritische, modernen Standards der Geschichtsschreibung entsprechende Gesamtgeschichte der Kieler Universität im „Dritten Reich“. Das ist eine sehr bezeichnende Tatsache – die aber zur Geschichte des Landes und der Universität im Dritten Reich gut passt. Schon der Neubeginn des universitären Lebens in Kiel, der eng mit Eröffnung der „neue Universität“ im alten Elac – Gebäude am 27.11.1945 verbunden ist, demonstriert dies. Das allgemeine Schweigen fand seinen sehr beredten Ausdruck in der Antrittsrede des neuen Rektors, des Psychiaters Hans Gerhard Creutzfeldt. In ihr kam – trotz der vielen Worte – kein einziges Wort über die Verirrungen der Lehrenden und Lernenden vor, kein einziges Wort der Reue gegenüber denjenigen, an denen die Universität verbrecherisch gehandelt hatte, kein Wort zur eigenen Schuld. Ich benutze dieses etwas geschwollen wirkende Vokabular hier mit Absicht, weil der Rektor genau mit einem solchen Pathos seine Rede intonierte, das Wichtigste aber vergaß: Die vergangenen zwölf Jahre und das Verhalten seiner eigenen Hochschule.

Das Ziel bestand vielmehr darin, nahtlos an die alten Traditionen der 280 Jahre alten Universität anzuknüpfen – und sich dann einen kleinen Zeitsprung von zwölf Jahren zu leisten. Dass der Universität im November 1945 für diese Verdrängung die Möglichkeiten gegeben wurden, dafür dankte der Rektor vielen. Nicht zuletzt dankte er all denjenigen – ich zitiere –, „deren Leben die letzten Völkerkriege ein frühes Ziel gesetzt haben. Ich bitte Sie alle, sich zu erheben zu dankbarem Gedenken an alle Gefallenen dieses Krieges, ob Freund, ob Feind, sie sind Opfer einer Idee, die uns alle erfüllen soll, der des Friedens“. Das war es. Damit war die Formel für die zukünftige „Bewältigung der Vergangenheit“ gefunden. Alle Zeitgenossen waren unterschiedslos Opfer gewesen. Zwischen Tätern und Opfern gab es keinen Unterschied. Ob Mitglied der SS, Euthanasieprofessor oder Relegierter und mit Berufsverbot belegt, ob Widerstandskämpfer oder rassistisch Verfolgter, sie alle waren offenbar für die gleichen hehren Ziele gefallen, nämlich für den Frieden. Das war schon ein starkes Stück. Und überhaupt: Es galt jetzt nach vorn zu blicken und nicht mehr an die schweren Zeiten zu denken, unter denen die Universität gelitten hatte.

Daran sollte sich auch in den nächsten Jahrzehnten nicht sehr viel ändern. Dem Kollegen Hans-Werner Prahl – man darf ihn wohl zu Recht einen „Außenseiter“ an dieser Universität nennen – ist nur zuzustimmen, wenn er in seinem wegweisenden Band – „Uni-Formierung des Geistes. Universität Kiel im Nationalsozialismus, Bd. 1“ (der zweite Band ist bis heute nicht erschienen) im Jahre 1995 schreibt: – ich zitiere – „Die Leitungen der Universität wie auch die Mehrzahl ihrer Professoren und Professorinnen haben bislang – also bis 1995 – nur wenig Anstalten zur Erforschung dieses Zeitabschnittes – also der nationalsozialistischen Zeit – gemacht – ja: eher durch Verschweigen und Verhindern ... zur Unkenntnis über die NS Zeit der Kieler Universität gewollt oder ungewollt beigetragen. Und wenn sich die Universität

Kiel offiziell mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit beschäftigt hat, wurden die wenigen rühmlichen Ansätze von Peinlichkeiten oft befleckt“.

Zwei Ereignisse – man könnte viele weitere hinzufügen – sollen das von Prahl Gemeinte – vor allem die genannten „Peinlichkeiten“ der „Vergangenheitsbewältigung“ verdeutlichen:

Da ist zum einen der „Fall Werner Catel“.

Prof. Werner Catel, während des Dritten Reiches Kinderarzt in Leipzig, war von Beginn an – und das freiwillig – maßgeblich an der nationalsozialistischen Kindereuthanasie beteiligt. Er hatte von 1940 bis 1944 etwa 5.000 behinderte Kinder per Ferndiagnose „begutachtet“ und in seiner Klinik eine Kinderfachabteilung eingerichtet, die für die Ermordung von behinderten Kindern zuständig war. Ich folge hier den Ausführungen in dem gerade erschienenen Arbeitsbuch von Astrid Schwabe und Uwe Danker: „Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus.“ Catel – dessen Wirken im Dritten Reich der Universität Kiel bekannt war – wurde trotzdem 1954 zum Ordinarius und Leiter der Kinderklinik nach Kiel berufen. Erst auf Druck der Öffentlichkeit wurde er 1960 vorzeitig in den Ruhestand versetzt. Als er im Jahre 1981 starb, war sich die Universität nicht zu schade, seinen Tod mit den ehrenvollen Worten zu begleiten, er habe „in vielfältiger Weise zum Wohle kranker Kinder beigetragen“.

Da ist zum anderen die Ablehnung der Walter Schücking Stiftung durch Beschluss des Senats der Universität Kiel im November 1982.

Im Jahr 1982 initiierte die Studentenschaft einen Antrag, eine an den berühmten liberalen Staatsrechtler Walter Schücking erinnernde Stiftung mit dem Ziel zu errichten, die Geschichte der Kieler Universität im Dritten Reich zu erforschen. Ein Antrag, der aus heutiger Sicht mehr als berechtigt erscheint. Er wurde jedoch von dem von einer Professorenmehrheit dominierten Senat – ich zitiere – „wegen politischer Einseitigkeit abgelehnt“. Das Argument: Da die Stiftung allein auf die Zeit des Nationalsozialismus ausgerichtet sei, würde das allgemeine Anliegen vernachlässigt, extreme Gefährdungen der akademischen Freiheit zu allen Zeiten zu untersuchen. Dazu ist wirklich nicht mehr zu sagen.

Diese Zeit der Vertuschung und Abwiegung aber ist – und nun komme ich zum Positiven – wohl endgültig Vergangenheit. Sie ist auch nur die eine – allerdings eine lange Zeit sehr wirkungsmächtige – Seite einer Geschichte der Aufarbeitung der Vergangenheit an der CAU. Zum einen ist zu betonen, dass es auch schon in der Zeit des allgemeinen Desinteresses und verstärkt in den beginnenden 90er Jahren eine Reihe von Einzelgängern gegeben hat, die das Thema „CAU und Nationalsozialismus“ nicht losließ. Ich nenne hier nur für alle eine Person – und als Historiker sehr gerne – den Kollegen Ralph Uhlig. Zum anderen – und das ist besonders erfreulich – gehörte zu den Außenseitern und Einzelgängern, die sich im ersten Band von Hans-Werner Prahl's Werk zu Worte meldeten, auch der heutige Rektor unserer Universität. Dass aus einem solchen „Außenseiter“ und „Nestbeschmutzer“ der gegenwärtige Rektor werden konnte, sagt viel über den Wandel in den letzten zwanzig Jahren aus. Dies – und die Tatsache – dass auch schon sein Vorgänger im Amt eine Studie über die Pädagogische Hochschule Kiel im Dritten Reich an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der CAU gefördert hat, lässt einen deutlichen Silberstreif am Horizont erkennen.

Dieser verbreitert sich noch dadurch, dass in den Fragen der historischen Aufarbeitung – im Gegensatz zu früher – auch im Historischen Seminar der Universität ein ganz neuer, frischer Wind eingezogen ist. Das Ergebnis kann man z.B. auf dem Flur des Seminars in der Leibnizstrasse 8 bewundern: Eine neugestaltete Ahnengalerie, in der das Thema „Historiker

und Nationalsozialismus“ nun keineswegs mehr unterschlagen oder beschönigt wird. Es tut sich also etwas und das war auch notwendig und ist – leider – immer noch nicht genug.

Ich komme zum letzten Teil. Dabei möchte ich auch – jedenfalls teilweise – unsere polnischen Kollegen einbeziehen. Hierbei geht es mir um die generelle Frage – unabhängig von den besonderen Verbrechen des Dritten Reiches, die keineswegs eingeebnet werden sollen –, wie nachfolgende Generationen, wie Opfer und Unterdrückte generell mit den Trägern eines verbrecherischen Systems umgehen sollten, wenn dieses Unterdrückersystem gestürzt worden ist und die Täter mitten unter ihnen weiter leben.

Der Weg in Schleswig-Holstein war klar: Ein Bruch mit dem Nationalsozialismus – zumindest ein innerer und radikaler Bruch – hat dort nicht oder doch nur bei einer verschwindend kleinen Minderheit der Bevölkerung stattgefunden. Einen Austausch der Eliten gab es nicht. Im Gegenteil, braun zog braun gewissermaßen magisch an – und das beherrschte das Land lange Zeit. Die kurze Absicht der Siegermächte, die Deutschen mit den Abgründen der NS-Herrschaft zu konfrontieren und sie damit nicht nur äußerlich zu befreien, ließ sich nicht verwirklichen. Und dieses Scheitern war in Schleswig-Holstein offensichtlich vollständiger als anderswo in Deutschland.

Unabhängig von diesem harten Urteil bleibt gleichwohl zu konstatieren, dass Schleswig-Holstein, wenn auch sehr zögerlich, wenn auch vielleicht nicht aus innerem Drang und ganz freiwillig, sondern beeinflusst durch günstige nationale und internationale Umstände, im wesentlichen zu einem stabilen demokratischen Bundesland herangewachsen ist – und das trotz der ausgebliebenen Entnazifizierung. Sollte nun das eine etwas mit dem anderen zu tun haben? Trotz allen moralischen Schmerzes, den man darüber empfinden mag, muss man darüber nachdenken. Man kann sich über die ausgebliebene Entnazifizierung, über das Fortleben nationalsozialistischer Gedankengutes, über das Hinwegsetzen mit der Auseinandersetzung über die Vergangenheit erregen. Man hätte zu recht tief greifende Reformen und grundsätzliche Auseinandersetzungen gewünscht. Darf man aber nun voller Enttäuschung auf diesem Mangel verharren – und alles nur aus dem Blickwinkel möglicher Versäumnisse beurteilen?

Faktum ist, dass die Bundesrepublik – und auch Schleswig-Holstein – eine Entwicklung genommen haben, die in eine stabile demokratische Gesellschaft geführt hat. Und zwar das erste Mal in der deutschen Geschichte. Ich möchte nun nicht gerade sagen, dass dies wegen der ausgebliebenen Entnazifizierung geschehen ist. Immerhin aber doch zumindest trotz dessen. Die alten Nazis haben also offenbar nicht – wie noch Jahrzehnte zuvor die Gegner der Weimar Republik – durch eine Verweigerungshaltung gegenüber dem neuen Staat geblüht. Sie haben den demokratischen Aufbau nicht gestört. Viele von ihnen haben sogar intensiv an diesem Aufbau mitgearbeitet – und das alles ohne gründliche Entnazifizierung. War also vielleicht genau diese Tatsache des Nichtuntersuchens, des Verdrängens und der ganz weiten Toleranz der Schlüssel für die demokratische Stabilisierung der Bundesrepublik?

Wenn diese Annahme zutrifft, ist es dann sinnvoll, diesen Komplex heute allein unter einer rigiden moralischen Prämisse zu beurteilen? Wenn Eugen Kogon, der Häftling eines Konzentrationslagers war, 1954 schrieb, dass die Stunde der Wiederkehr der Gestrigen nach der fehlgeschlagenen Entnazifizierung gekommen sei, ist das aus seiner Zeitzeugensicht nur zu verständlich. Demgegenüber bleibt aber heute auch zu fragen, ob wirklich die meisten „Nicht-Entnazifizierten“ ewig Gestrige geblieben sind, ob sie nicht einen Lernprozess durchmachten und ob sie damit nicht auch – die Massenmörder sind damit nicht gemeint – eine Chance verdient haben. Blickt man auf die Geschichte der Bundesrepublik, dann haben

sie diese Chancen vielfach auch genutzt. In diesem Sinne wäre das Wort Ralf Dahrendorfs zu verstehen, dass die gleichen Leute zu verschiedenen Zeiten nicht mehr dieselben sein müssen. Es ist daher wohl zu kurz geschlossen, nur und allein von einer Re-nazifizierung in Schleswig-Holstein zu sprechen – und den demokratischen Aufbau zu vergessen.

Zu überlegen wäre also, ob die hier behandelte Nachkriegsgeschichte heute vielleicht stärker historisiert und weniger moralisiert werden müsste – wie das bisher auch hier von mir gehandhabt worden ist. Vielleicht ist es notwendig, die Kategorien in der Beurteilung zu wechseln und sowohl die nationalsozialistischen zwölf Jahre wie auch den späteren Umgang damit aus internationaler und aus historischer Perspektive zu vergleichen. Was für Deutschland bis jetzt – und aus der nationalen Perspektive – so unvollständig, ja geradezu unmoralisch wirkt, könnte sich dann als Normalität herausstellen – und müsste dann auch anders gewertet werden.

Unter diesen Umständen lohnt es, den Blick von Deutschland wegzuwenden und zu fragen, wie andere Länder damit umgegangen sind oder noch umgehen, wenn sie ein Terrorsystem abgeschüttelt haben, aber mit den Tätern, Mitläufern und Profiteuren – und das ist meist ein sehr großer Teil der Bevölkerung – weiter zusammen leben oder weiterleben müssen. Ein Blick auf Spanien, Chile oder Südafrika wäre da hilfreich, vielleicht reicht aber auch schon unser Nachbar Polen, ihr Land – und die Frage an Sie, wie Sie mit den Trägern des vergangenen alten Systems am besten glauben umgehen zu sollen. Möglicherweise gibt es ja bei Ihnen auch noch andere historische Phasen, die unter diesem Gesichtspunkt einer Analyse wert wären.

Damit stellt sich die grundsätzliche Frage neu, wie Vergangenheit – und zudem eine so schreckliche wie in Deutschland – in der Praxis „richtig“ bewältigt werden kann, wie vollständige und notwendige Umwälzungen gestaltet werden müssen – in demokratischen Staaten, im 21. Jahrhundert und mit Methoden des Rechtsstaates. Kann man tatsächlich gesellschaftliche Eliten – so notwendig es wäre – einfach komplett austauschen, auf ihr (leider vorhandenes) Fachwissen verzichten? Kann man ganze Alterskohorten ins Gefängnis schicken? Und was ist der Preis, der dafür gezahlt werden muss? Ist die Etablierung alter Eliten in Schleswig-Holstein nach 1945 tatsächlich nur unter „antikommunistischem“ Vorzeichen und mit dem Ziel der Verschleierung der Verbrechen zu interpretieren oder ist sie nicht doch auch ein Phänomen, dass man unter „Lebensnotwendigkeiten“ einer jeden Gesellschaft subsummieren muss?

Das Beispiel der jungen DDR in der – zumindest ansatz- und zeitweise – der Elitenaustausch gelungen ist, zeigt, dass für einen kompletten Austausch zumindest ein hoher ökonomischer Preis bezahlt werden musste. Ist dieser Weg wirklich der bessere? Der ökonomische Aufschwung in der Bundesrepublik hat ja schließlich viel zu tun mit ihrem demokratischen Aufschwung. Und nicht zuletzt bleibt für Deutschland die Frage: Kann man ein ganzes Volk in seiner Mehrheit „entnazifizieren“. Frei nach Brecht: Hätte sich die neue Demokratie in Deutschland denn ein neues Volk wählen können?

Ich komme zum Schluss: Eine Entnazifizierung im Nachkriegsdeutschland hat in seinem westlichen Teil nicht nachhaltig stattgefunden. Ein Stachel aber scheint geblieben zu sein, ein psychologisches Unbehagen wegen dieser Verdrängung. Denn: Nachgeholt haben die westlichen Deutschen diese frühere Unterlassung schon – und zwar in den letzten Jahrzehnten. Damit meine ich die deutsch-deutsche Vereinigung, in der die Bundesrepublik und ihre Bürger diese Reinigung vom Nationalsozialismus, gewissermaßen stellvertretend für sich, an den Parteigängern der SED in der DDR, mit großer Anstrengung, erheblicher

Effizienz, ja mit geradezu pedantischer Gründlichkeit nachvollzogen haben. Nach 1989 blieb – um an das Fach Geschichte zu erinnern – nahezu kein Lehrstuhl in dieser Disziplin verschont, anders als nach dem Ende des Nationalsozialismus. Psychologisch kann man diese Eilfertigkeit und Gründlichkeit nach 1989 wohl als Versuch deuten, sich nachträglich vom Nazismus zu befreien, also bis dahin Versäumtes und Unterdrücktes stellvertretend an den Bürgern der DDR nachholen zu wollen.

Die Ergebnisse dieser deutschen „Reinigung“ nach 1989 können einen allerdings nicht in der Ansicht bestärken, eine ähnliche Form der Selbst- und Fremdreinigung hätte nach 1945 in der Bundesrepublik stattfinden sollen. Dabei geht es erneut nicht um die „großen Täter“, sondern um die vielen kleinen. Bei einem ähnlichen Verfahren – wie seit 1989 gegenüber den Anhängern, Mitläufern und passiven Duldern der DDR ausgeübt – hätte wohl bald jeder dritte Frühbundesrepublikaner für immer in die Zwangsarbeit geschickt werden müssen.

Ob das ein wünschenswertes Ergebnis gewesen wäre, müsste man diskutieren.

Ich danke Ihnen.